## S 17 R 184/17

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Gießen Sachgebiet Sozialgericht Betriebsprüfungen

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 R 184/17 Datum 02.09.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 BA 75/21 Datum 12.05.2022

3. Instanz

Datum -

I. Â Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts GieÃ∏en vom 2. September 2021 wird zurückgewiesen.

II. Â Der Kläger trägt auch die Kosten des Berufungsverfahrens. Au̸ergerichtliche Kosten der Beigeladenen sind nicht zu erstatten.

III. Â Â Die Revision wird zugelassen.

IV. Â Der Streitwert wird auf 5.000 â□¬ festgesetzt.

## **Tatbestand**

Die Beteiligten streiten im Rahmen eines Statusfeststellungsverfahrens über das Bestehen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses der Beigeladenen bezüglicher deren Tätigkeit als Ã□rztin.

Die Beigeladene ist  $\tilde{A}_{\Box}$ rztin und war an zwei Tagen, dem 11.10.2015 und 24.10.2015, f $\tilde{A}_{\Box}$ r die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung f $\tilde{A}_{\Box}$ r Fl $\tilde{A}_{\Box}$ chtlinge (HEAE) als  $\tilde{A}_{\Box}$ rztin auf der Grundlage eines als  $\tilde{A}_{\Box}$ Vereinbarung $\tilde{A}_{\Box}$   $\tilde{A}_{\Box}$ berschriebenen

Vertrags tÃxtig. Sie übernahm dabei Aufgaben im Bereich der Erstuntersuchung und des Infektionsschutzes von Personen, die in der HEAE untergebracht waren.

Die Vereinbarung zwischen der HEAE und der Beigeladenen vom 16.11.2015 lautete wie folgt:

- â□□§ 1 Vertragsgegenstand und Status des Vertragspartners
- (1) Der/Die Vertragspartner/in erbringt medizinische Dienstleistungen im Auftrag der HEAE im C-StraÃ□e, C-Stadt und in den jeweiligen AuÃ□enstellen in freiberuflicher Tätigkeit im Bedarfsfalle. Er/Sie ist nicht in die Arbeitsorganisation der HEAE eingegliedert. Das Entgelt erfolgt fallbezogen. Die Dienstleistungen unterliegen nicht der Sozialversicherungspflicht (Arbeitslosen-, Kranken-und Rentenversicherung).
- (2) Die nachfolgende Vereinbarung regelt für den Fall eines Einsatzes die Rahmenbedingungen.
- (3) Der/Die Vertragspartner/in legt als Nachweis  $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Zulassung zur Berufsaus $\tilde{A}^{1/4}$ bung eine Kopie der Approbationsurkunde vor.
- § 2 Leistungen des Vertragspartners während der vereinbarten Einsatzzeit (1) Der/Die Vertragspartner/in ýbernimmt die ambulante medizinische Versorgung für Ausländer, die in der HEAE untergebracht sind, im Rahmen der Vorgaben nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz (Anlage 1). Dazu gehört
- â∏¢ die Behandlung von Krankheiten, gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Verletzungen, soweit dies ambulant möglich ist,
- â da Anordnung von à berweisungen an Fachà xrzte bzw. Einweisungen in Kliniken â to Dokumentation aller à xrztlichen Leistungen (in der Patientendatei der HEAE) unter Beachtung des Datenschutzes.
- (2) Er/Sie ýbernimmt zudem Aufgaben, die sich maÃ $\square$ geblich aus den <u>§ 62</u> Asylverfahrensgesetz sowie <u>§ 36</u> Infektionsschutzgesetz und der dazu jeweils getroffenen Erlassregelungen des Hess. Ministeriums fýr Arbeit, Familie und Gesundheit (zurzeit Erlass vom 04.02.2009 Az.: IV 6 A 58 a 0101-0002/2008/001  $\mathring{a}$  StAnz. 2009 S. 544- Anlage 2) zur BekÃ $\overset{\sim}{a}$ mpfung  $\mathring{A}$ ½bertragbarer Krankheiten ergeben.

Die Erstuntersuchung beinhaltet gemÃxÃ□ beigefügtem Erlass über die Ãxrztliche Untersuchung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und anderen Personen nach Einreise in Hessen vom 04.02.2009 (siehe Anlage 2)

- 1. Aufnahme und Dokumentation der bestehenden Medikation
- 2. Rezeptur der notwendigen Medikation
- 3. Anamnese, Diagnostik und Dokumentation einer akut beklagten Erkrankung. WĤhrend der Erstuntersuchung erbrachte Ambulanzleistungen werden nicht zusĤtzlich vergļtet. Ausgenommen von der Erstuntersuchung sind die RĶntgenuntersuchungen. Erforderlichenfalls hat der/die Vertragspartner/in alle erforderlichen MaÄ∏nahmen nach dem Infektionsschutzgesetz einzuleiten.
- (3) Der/Die Vertragspartner/in f $\tilde{A}^{1/4}$ hrt die vertraglichen Leistungen zeitlich nach Vereinbarung durch.
- (4) Ein Not- oder Bereitschaftsdienst des/der Vertragspartners/in au̸erhalb der vereinbarten Präsenzzeiten ist nicht vorgesehen.
- § 3 Leistungen der HEAE
- (1) Die HEAE stellt dem/der Vertragspartner/in adAxquate RAxumlichkeiten,

Geräte, Inventar, Verbandsstoffe u. ä., sowie Medikamente und Impfstoffe zur Durchführung medizinischer Untersuchungen und der medizinischen Versorgung kostenfrei bereit.

- (2) Die HEAE trägt neben den Mietkosten fþr die Räume auch die Kosten der Instandhaltung, der Energieversorgung und der Mþllentsorgung sowie der Reinigung.
- (3) Ebenso stellt die HEAE Hilfspersonal zur Vor- und Nachbereitung sowie zur Durchf $\tilde{A}^{1/4}$ hrung der Sprechstunden.
- (4) Die HEAE besorgt nach Ausstellen einer Ĥrztlichen Verordnung durch den/die Vertragspartner/in nicht vorrĤtige notwendige Medikamente und Verbandsmittel zur Behandlung von Patienten.
- (5) Die HEAE übernimmt eventuell entstehende Kosten für zusätzliche externe ärztliche oder technische Untersuchungs- und Behandlungsleistungen (z.B. Röntgen).

§ 4 Entgelt und Abrechnung

(1) Zur Vereinfachung der Abrechnung werden Fallpauschalen fÃ⅓r die Erstuntersuchung sowie ambulante Beratungen und Behandlungen vereinbart, die sich an den GebÃ⅓hrensätzen der GOÃ□ orientieren. Diese sind auch erforderlich, um die Kosten einzelnen Patienten zur Abrechnung mit anderen Kostenträgern zuordnen zu können. FÃ⅓r die Gestellung der Praxisinfrastruktur durch die HEAE sind die nachfolgenden Beträge bereits um 25 % gemindert.

Erstuntersuchung mit Ausstellung der  $\tilde{A}$   $\cong$  rztlichen Bescheinigung 11,37  $\hat{a}$   $\square$   $\neg$ . Fallpauschale pro ambulanter Beratung/Behandlung 15,34  $\hat{a}$   $\square$   $\neg$ .

Für beratende Tätigkeiten für die Dienststellenleitung Stundensatz 50,00 â□¬.

- (2) Fýr die Abrechnung der Erstuntersuchungen stellt die HEAE dem/der Vertragspartner/in Listen mit den erforderlichen Angaben zur VerfÃ⅓gung.
- (3) Für die Abrechnung der ambulanten Leistungen versieht die HEAE den Vordruck (Anlage 3) mit dem Behandlungsdatum und Aufklebern der behandelten Patienten, den der/die Vertragspartner/in seiner/ihrer Rechnung beifügt.
- (4) Die Abrechnung und Zahlung der vereinbarten Vergütung erfolgt unverzüglich nach Rechnungseingang.

§ 5 Haftung

Der/Die Vertragspartner/in haftet für Schäden, die durch ihr/sein vorsätzliches Verhalten der HEAE oder Dritten entstanden sind. Die HEAE stellt den/die Vertragspartner/in für fahrlässig verursachte Schäden frei, soweit diese nicht durch ein privates Versicherungsverhältnis abgedeckt sind.

§ 6 Datenschutz und Schweigepflicht

Der/Die Vertragspartner/in verpflichtet sich, über alle Angelegenheiten, die ihm im Rahmen seiner Tätigkeit für die HEAE zur Kenntnis kommen, Stillschweigen zu bewahren. Insbesondere ist er/sie nicht berechtigt, Auskünfte an die Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung des Dienststellenleiters der HEAE zu erteilen. Weiterhin sichert er/sie einen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Datenschutz für die bei sich oder Dritten in seinem Auftrag gespeicherten Daten zu.

§ 7 Vertragsdauer, Nebenabreden, Salvatorische Klausel

(1) Da die EinsĤtze zeitlich befristet erfolgen und diese Vereinbarung nur die gegenseitigen Verpflichtungen wĤhrend der Einsatzzeiten regeln, bedarf es bei Nichtinanspruchnahme des/der Vertragspartners/in durch die HEAE keiner

Kündigung.

- (2) Nebenabreden sowie Ã□nderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder unzulässig sein, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht beeinträchtigt. Anstelle der unwirksamen oder unzulässigen Bestimmung gelten die gesetzlichen Vorschriften.â□□

Am 05.09.2016 stellte der KlÄgger bei der Beklagten einen Antrag auf Statusfeststellung. In den Anlagen zum Antrag wurde bezüglich der Grundlagen und Ausgestaltung der TÄxtigkeit im Wesentlichen angegeben, dass der Äxrztliche Dienst keinen fachlichen Weisungen der Dienststelle unterliege, die ̸rzte entsprechend den Vereinbarungen leistungsbezogen vergļtet würden und die Festlegung des Dienstes und die Koordination des Axrztlichen Einsatzes in gemeinsamer Absprache via Telefon/E-Mail zwischen dem KlĤger und dem jeweiligen Arzt erfolge, wobei dieser dabei eigenstĤndig entscheide, ob und in welchem Umfang Dienste übernommen werden können. AuÃ∏erdem wurde angefýhrt, dass keine feste wöchentliche/monatliche Anwesenheit von Seiten des KlĤgers gefordert werde, sondern der Arzt lediglich zu den bilateral vereinbarten ZeitrĤumen fļr die Untersuchungen zur Verfļgung stehe und im Krankheits- oder Urlaubsfall kein Entgelt gezahlt werde. Weiterhin gab der KlĤger an, dass die Ã□rzte in ihrem Bereich gegenüber dem medizinischen Hilfspersonal weisungsbefugt seien und das fachliche Letztentscheidungsrecht dem leitenden Arzt des KlAzgers obliege.

Die HEAE wurde nach dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und fýr Sport vom 30.09.2016 mit Wirkung zum 18.11.2016 als selbständige Behörde im nachgeordneten Bereich des Regierungspräsidiums GieÃ∏en aufgelöst und mit ihrem Aufgabenbestand als Abteilung VII â∏FIþchtlingsangelegenheiten, Erstaufnahmeeinrichtung und Integrationâ∏ in das Regierungspräsidium GieÃ∏en eingegliedert. Rechte und Pflichten aus der Vereinbarung mit der HEAE sind ab dem 18.11.2016 auf das Regierungspräsidium GieÃ∏en Ã⅓bergegangen.

Nach Anhörung des Klägers und der Beigeladenen stellte die Beklagte mit Bescheid vom 22.12.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11.04.2017 fest, dass die Tätigkeit der Beigeladenen als Ã∏rztin beim Kläger vom 11.10.2015 bis 24.10.2015 im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt worden sei. In dem Beschäftigungsverhältnis habe Versicherungsfreiheit in der Krankenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung und keine Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung wegen Geringfügigkeit / Kurzfristigkeit bestanden. Die zu beurteilende Tätigkeit als Arzt bestehe darin, im Bereich der ambulanten medizinischen Versorgung für Ausländer Erstuntersuchungen und Infektionsschutz durchzuführen. Das sich aus den vorgelegten vertraglichen und dargestellten tatsächlichen Verhältnissen ergebene Gesamtbild spräche für eine abhängige Beschäftigung, u.a. weil die die vertragliche Verpflichtung bestanden habe, die Leistungen persönlich zu erbringen, die Beigeladene hinsichtlich des Tätigkeitsortes gebunden gewesen sei, da sie auf die Nutzung der

am Sitz der Erstaufnahmeeinrichtung zur Verfügung stehenden Infrastruktur für die medizinische Versorgung (z.B. Behandlungs- und Praxisräume) angewiesen gewesen sei, die Koordination der Einsätze durch den Medizinischen Dienst der HEAE erfolgt sei und die Arbeitszeiten verbindlich in einem Dienstplan festgelegt worden seien.

Am 12.05.2017 hat der KlĤger dagegen Klage vor dem Sozialgericht GieÄ∏en erhoben und beantragt festzustellen, dass die von der Beigeladenen für den KlĤger ausgeübte Tätigkeit als Ã∏rztin vom 11.10.2015 bis 24.10.2015 nicht im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt worden sei und dass keine Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung bestanden habe. Zur Klagebegründung hat sich der Kläger auf die o.g. Vereinbarung berufen und vorgetragen, dass die Beigeladene zeitliche Souveränität über ihre Einsätze gehabt und hinsichtlich des â□□obâ□□ der Einsätze keinen Weisungen des Klägers unterlegen habe. Die Ausgestaltung ihres Vertragsverhältnisses habe sich fundamental von den Vertragsverhältnissen der beim Kläger festangestellten Ã□rzte unterschieden, die verpflichtet gewesen seien, die vertraglich festgelegten Wochenstunden an den festgelegten Wochentagen zu verrichten.Â

Die Beigeladene hat vorgetragen, sie sei an zwei Wochenendtage, dem 11.10.2015 und 24.10.2015, jeweils ca. 8 Stunden in Aufnahme- bzw. Noteinrichtungen der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge Ãxrztlich tÃxtig gewesen und habe dabei medizinische Erstuntersuchungen durchgefA¼hrt. Ihr Aufgabenbereich sei klar umrissen gewesen: Sicherstellung einer kurzen medizinischen Erstbewertung der GeflA1/4chteten, Feststellung etwaiger behandlungspflichtiger Erkrankungen und Durchfļhrung einer Influenza-Bagatellerkrankungen (z.B. ErkĤltung), betraut gewesen. Die beiden spezifischen EinsÄxtze habe sie nach Vermittlung der Malteser D-Stadt absolviert. Hierzu habe sie sich unverbindlich in eine E-Mail Liste eingetragen und daraufhin Dienstanfragen erhalten, welche sie auf freiwilliger Basis annehmen konnte. Die Abrechnung sei pauschaliert erfolgt nach Anzahl der Untersuchungen und Impfungen. Ihre wiederverwendbaren Äxrztlichen Arbeitsmittel habe sie sich selbst beschafft, z.B. Stethoskop, Reflexhammer und Leuchte. Die Einmalartikel, z.B. Handschuhe, Mundschutz, Kanülen seien ihres Wissens von den Maltesern gestellt worden.Â

Im Termin zur mündlichen Verhandlung hat das Sozialgericht Beweis erhoben durch Vernehmung der Zeuginnen G., S. und M. Auf die Sitzungsniederschrift (Bl. 254 ff. der Gerichtsakte) wird Bezug genommen.

Mit Urteil vom 02.09.2021 hat das Sozialgericht GieÃ□en die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat das Sozialgericht im Wesentlichen ausgeführt, dass die Klage zulässig sei. Ein Rechtsschutzbedürfnis sei trotz der Versicherungsfreiheit zu bejahen, da in der gesetzlichen Unfallversicherung das Arbeitsentgelt der kurzfristig Beschäftigten umlagepflichtig sei. Die Klage sei aber unbegründet. Die Beklagte habe zutreffend festgestellt, dass die Tätigkeit der Beigeladenen für den Kläger

in der Zeit vom 11.10.2015 bis 24.10.2015 im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses erfolgt sei und Versicherungsfreiheit in der Krankenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung und keine Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung wegen Geringfügigkeit / Kurzfristigkeit bestanden habe.

GemäÃ∏ <u>§ 7a Abs. 1 Satz 1 SGB IV</u> könnten die Beteiligten schriftlich eine Entscheidung beantragen, ob eine BeschÄxftigung vorliege, es sei denn, die Einzugsstelle oder ein anderer VersicherungstrĤger hatte im Zeitpunkt der Antragstellung bereits ein Verfahren zur Feststellung einer Beschägtigung eingeleitet. Beurteilungsma̸stab für das Vorliegen einer abhängigen BeschÃxftigung sei § 7 Abs. 1 SGB IV. Danach sei BeschÃxftigung die nichtselbstĤndige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhĤltnis. Nach der stĤndigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts setze eine BeschĤftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persĶnlich abhĤngig sei. Bei einer BeschÄxftigung in einem fremden Betrieb sei dies der Fall, wenn der BeschÄxftigte in den Betrieb eingegliedert sei und er dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfļhrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliege. Diese Weisungsgebundenheit könne â∏ vornehmlich bei Diensten höherer Art â∏ eingeschränkt und zur â∏funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏∏ verfeinert sein. Demgegenüber sei eine selbständige TÃxtigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstĤtte, die VerfļgungsmĶglichkeit ļber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÄxtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand abhāxngig beschāxftigt oder selbststāxndig tāxtig sei, richte sich ausgehend von den genannten UmstĤnden nach dem Gesamtbild der Arbeitsleistung und hänge davon ab, welche Merkmale überwögen (BSG, Urteil vom 18.12.2001, <u>B 12 KR 10/01 R</u>, u.a.).

Fýr die Beurteilung sei auf die jeweiligen EinzeleinsÃxtze des Beigeladenen abzustellen. Die einzelnen Dienste seien auf freiwilliger Basis individuell vereinbart gewesen. Bei Vertragsgestaltungen dieser Art sei für die Frage der Versicherungspflicht grundsÃxtzlich jeweils auf die VerhÃxltnisse abzustellen, die wÃxhrend der Ausführung der jeweiligen EinzelauftrÃxge bestünden (BSG, Urteil vom 24.03.2016, <u>B 12 KR 20/14 R</u>, u.a.)

Im Rahmen der vorzunehmenden GesamtabwĤgung komme der der TĤtigkeit

zugrundeliegenden Vereinbarung aber keine überragende Bedeutung zu, wenn die übrigen Indizien tatsÃxchlich für eine abhÃxngige BeschÃxftigung sprĤchen. So liege es hier. Die Verpflichtung für den Kläger zur Durchführung von Erstuntersuchungen ergebe sich aus dem Erlass des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit vom 31.12.2008, wonach die Aufnahmeeinrichtung die AuslĤnderinnen und AuslĤnder unmittelbar nach ihrer Einreise nach Hessen auffordere, sich vom Äxrztlichen Dienst der Einrichtung oder einem Äxrztlichen Dienst nach § 62 AsylVfG bzw. § 36 Abs. 4 IfSG untersuchen zu lassen. Dadurch, dass im Rahmen der verpflichtend vor einer Freigabe an die Kommune und der weiteren Unterbringung der GeflA¼chteten durchzufA¼hrenden Erstuntersuchungen sowohl von der Beigeladenen als auch von den daneben beim Kläger angestellten Ã∏rzte bestimmte Daten sowie Befunde zu erheben und zu dokumentieren gewesen seien im Hinblick auf das Asylverfahrensgesetz und das Impfschutzgesetz, sei die Beigeladene wĤhrend ihrer Dienste auch tatsĤchlich weisungsabhängig und in â∏ein fremdes Unternehmenâ∏ eingegliedert gewesen, ohne dass sie selbst ein erhebliches Unternehmerrisiko zu tragen gehabt habe.Â

Auch wenn die Weisungsgebundenheit der Beigeladenen bei der DurchfA1/4hrung der jeweiligen Dienste eingeschrÄxnkt gewesen sei, sei sie vorliegend nicht vĶllig entfallen. Sie habe in ihrer TÄxtigkeit bereits aufgrund der Regelung in § 1 des Vertrages zumindest einem Weisungsrecht des KlÄxgers im Hinblick auf die Ausführung ihrer Tätigkeiten unterlegen. Ergäben sich etwa Arbeitsort und/oder Arbeitszeit bereits aus vertraglichen Vereinbarungen oder mit einer TÃxtigkeit verbundenen Notwendigkeiten, komme es darauf an, ob nach den konkreten Vereinbarungen ein Weisungsrecht hinsichtlich aller ModalitÄxten der zu erbringenden TÄxtigkeit bestehe oder aber ausgeschlossen sei, und sich die Fremdbestimmtheit der Arbeit auch nicht ýber eine funktionsgerecht dienende Teilhabe am Arbeitsprozess innerhalb einer fremden Arbeitsorganisation vermittelte (BSG, Urteil vom 18.11.2015, <u>B 12 KR 16/13 R</u>). Die Beigeladene habe dem Weisungsrecht des KlĤgers unterlegen. Sie sei verpflichtet gewesen, die vorgegebenen Befunde zu erheben und zu dokumentieren und sei nicht frei in der Wahl ihrer â∏Patientenâ∏ gewesen, sondern habe die von den Helfern zwecks Erstuntersuchung zugewiesenen GeflA1/4chteten im Hinblick auf Infektionskrankheiten zu untersuchen gehabt. Sie sei im Rahmen dieser Ĥrztlichen Tätigkeit in ein fremdes Unternehmen â∏∏ die Erstaufnahmeeinrichtung â∏∏ eingegliedert gewesen und sei nicht berechtigt gewesen, die Untersuchungen an einem anderen Ort durchzufļhren. UnschĤdlich sei, dass kein umfassendes Weisungsrecht bestanden habe, sondern dieses vielmehr â∏zur funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess verfeinertâ∏∏ gewesen sei (vgl. BSG, Urteil vom 04.06.2019, <u>B 12 R 2/18 R</u>). Denn mit der Einbestellung der GeflA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>chteten in die RĤumlichkeiten der Erstaufnahmeeinrichtung zum Zweck der Erstuntersuchung sei die TĤtigkeit vollstĤndig fremdbestimmt erfolgt innerhalb des von der Erstaufnahmeeinrichtung vorgegebenen organisatorischen Betriebsablaufs entsprechend den auch von den angestellten Ä\(\textit{\pi}\)rztinnen und ̸rzten durchgeführten Erstuntersuchungen. Die Beigeladene habe, wie jene, die vorhandene Infrastruktur genutzt und habe dem nichtĤrztlichen Personal bzw. dem jeweiligen Helfer, im Rahmen ihrer TÄxtigkeit Anweisungen gegeben. Sie habe die

Räumlichkeiten und nicht wiederverwendbaren Mittel, wie Handschuhe, Mundschutz und Kanülen genutzt, die ihr gestellt worden seien. Dass sie daneben ihr eigenes Stethoskop, Leuchte und Reflexhammer mitgebracht habe, stehe dem nicht entgegen und falle daneben nicht erheblich ins Gewicht. Die Aufgabe der Beigeladene habe dabei in der Durchfļhrung von Erstuntersuchungen bestanden. Dies stelle einen wesentlichen Bestandteil der Arbeitsorganisation des KlĤgers im medizinischen Management für FIüchtlinge dar. Die Einschränkung auf einen bestimmten Aufgabenbereich spreche dabei nicht gegen die Eingliederung in die Arbeitsorganisation. Vielmehr habe die Beigeladene mit der Durchfļhrung der Erstuntersuchungen einen wesentlichen Bestandteil im Rahmen der von dem KlĤger durchzufļhrenden Schritte bei der Organisation der Unterbringung der Flüchtlinge übernommen. Anknüpfend an die Erstuntersuchungen sei sodann das Einscannen der Unterlagen durch weitere Mitarbeiter in den RĤumen des RegierungsprÃxsidiums erfolgt. Diese Unterlagen hÃxtten sodann wiederum Ã∏rzte ausgewertet und entschieden, ob gesundheitliche Gründe einer Freigabe in die Kommune entgegenstünden. AnschlieÃ∏end habe eine weitere Person die Entscheidung über die Freigabe getroffen.Â

Ein erhebliches unternehmerisches Risiko habe für die Beigeladene nicht bestanden. Sie habe je durchgeführter Erstuntersuchung ein feststehendes Entgelt von 11,37 â $\Box$ ¬ erhalten, das der Verhandlung nicht unterlegen habe, und sie habe nicht das Risiko des Zahlungsausfalls trotz erbrachter Leistung getragen. Sie habe die Geflüchteten auf Infektionskrankheiten untersucht und habe keine Möglichkeit gehabt, durch unternehmerisches Geschick ihren Verdienst zu erhöhen. Da es lediglich auf die Betrachtung der konkreten Tätigkeit ankomme, sei das einzig in Betracht kommende Risiko der Beigeladenen, vom Kläger keine weiteren Folgeaufträge zu erhalten, für die Frage ihres Status in der konkreten Tätigkeit irrelevant (vgl. BSG, Urteil vom 04.06.2019, <u>B 12 R 11/18 R</u>). Die Beigeladene sei schlieÃ $\Box$ lich nicht an laufenden Kosten hinsichtlich der Einrichtung beteiligt gewesen, die im Sinne von Vorhaltekosten trotz gegebenenfalls ausbleibender Aufträge zu tragen gewesen wären.

In der zu beurteilenden BeschĤftigung bestehe Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung und keine Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung ( $\hat{A}$ § 7 Abs. 1 Satz 1, erster Halbsatz SGB V,  $\hat{A}$ § 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI,  $\hat{A}$ § 27 Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz SGB III,  $\hat{A}$ § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI), weil sie nur in geringfļgigem Umfang (kurzfristig) ausgeübt worden sei. Eine kurzfristige Beschäftigung liege vor, da die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens 2 Monate oder 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein gepflegt sei oder im Voraus vertraglich begrenzt sei und nicht berufsmäÃ $\hat{B}$ ig ausgeübt werde beziehungsweise berufsmä $\hat{A}$ ig ausgeübt werde, aber ihr Entgelt 450,00 EUR (ab 01.01.2013) nicht  $\hat{A}$ ¼bersteige ( $\hat{A}$ § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV).

Der KlĤger hat gegen das ihm am 21.09.2021 zugestellt Urteil am 07.10.2021 Berufung zum Hessischen Landessozialgericht erhoben und sein erstinstanzliches Vorbringen vertieft und ergĤnzend vorgetragen, dass aufgrund der Vielzahl von

Flüchtlingen in den Jahren 2015/2016 Ã□rztinnen und Ã□rzte zu deren Untersuchung und Versorgung hÃxtten herangezogen werden müssen. Die Beigeladene sei im VerhĤltnis zu dem jeweils betroffenen Flüchtling â∏Behandlerâ∏ im Sinne von § 630a BGB gewesen. Sie sei dem Flüchtling gegenýber nicht einem Krankenhaus vergleichbar aufgetreten. § 36 Abs. 4 IfSG bestätige, dass es sich bei dem â□□Ã□rztlichen Zeugnisâ□□ über das Vorliegen oder Nichtvorliegen der ansteckungsfĤhigen Lungentuberkulose um ein Dokument handele, welches gerade nicht in der BehĶrde generiert werde, die das IfSG durchführe. Die Beigeladene habe vollkommen frei über die zu beurteilenden EinzelauftrĤge entscheiden kĶnnen. Sie habe auch keine VerwaltungstĤtigkeit ausgeübt und habe eine persönliche Haftung getragen. Als Arzt habe sie schon gemäÃ∏ § 2 der Hessischen Berufsordnung keine Weisungen entgegennehmen dürfen. Die Beigeladene habe nicht eine Aufgabe des Klägers erfüllt. â∏Schuldnerâ∏ der medizinischen Nachweise sei vielmehr der Flüchtling gewesen. Die vom KlAzger zur VerfA¼gung gestellten RAzumlichkeiten stellten auch kein â∏∏fremdes Unternehmenâ∏∏ dar, sondern allenfalls einen â∏Arbeitsplatzâ∏, wie ihn Selbstständige ebenso wie abhängige Beschäftigte benĶtigten. Wenn ļberhaupt kĶnnte man die Erstaufnahmeeinrichtung als ein â∏Unternehmenâ∏ bezeichnen. Die Beigeladene sei nicht Teil dieses Unternehmens gewesen. Weder der KlÄzger noch die Beigeladene hÄztten Patienten â∏ausgewähltâ∏. Geflüchtete seien nicht zugewiesen worden, sie hätten sich vielmehr der Untersuchung gestellt, ihre Einwilligung sei maÃ∏geblich gewesen. Dass die Beigeladene die von dem KlAzger zur VerfA¼gung gestellten Räumlichkeiten genutzt habe, sei vorliegend nicht relevant. Die Entscheidungen des BSG zu den HonorarĤrzten betrĤfen Sachverhalte, die mit dem hiesigen nicht zu vergleichen seien. Das Bayerische LSG habe zudem mit Entscheidung vom 12.11.2020 den Status einer Notärztin als selbstständig eingestuft. Auch die immer wieder betone â∏Organisationsstrukturâ∏, die seitens des Klägers etabliert worden sei, rechtfertige die Einstufung als BeschĤftigung nicht. Das Gesetz differenziere eindeutig zwischen der Organisation der Erstaufnahmeeinrichtung einerseits und der medizinischen Versorgung bzw. Betreuung der Flüchtlinge andererseits. Dies sei auch in der Sache geboten â∏∏ so wie es das BSG in Bezug auf die Familienhelfer entschieden habe (Urteil vom 31.03.2017, B 12 R 7/15 R).

In der mündlichen Verhandlung am 12.05.2022 hat die Beklagte erklärt, dass neben der in den angefochtenen Bescheiden bereits tenorierten Versicherungsfreiheit auch die Freiheit von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung bestehe.

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts GieÃ□en vom 2. September 2021 sowie den Bescheid der Beklagten vom 22. Dezember 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11. April 2017 und in Gestalt der Erklärung der Beklagten in der mündlichen Verhandlung vom 12. Mai 2022 aufzuheben und festzustellen, dass die von der Beigeladenen für den Kläger ausgeübte Tätigkeit als Ã□rztin am 11. Oktober 2015 und am 24. Oktober 2015 nicht im Rahmen eines abhängigen

Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt wurde.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckzuweisen.

Zur Begründung bezieht sich die Beklagte auf die erstinstanzliche Entscheidungsgründe und verweist auf die aktuelle BSG-Rechtsprechung zu Honorarärzten und Notärzten (BSG Urteile vom 04.06.2019 und 19.10.2021).

Die Beigeladene hat keinen Antrag gestellt.

Wegen des weiteren Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie der Verwaltungsakte der Beklagten, die Gegenstand der mýndlichen Verhandlung war, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die zulÄxssige Berufung des KlÄxgers hat keinen Erfolg.

Streitgegenstand des Berufungsverfahrens ist nur noch die im Bescheid vom 22.12.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11.04.2017 getroffene Feststellung der Beklagten, dass die TĤtigkeit der Beigeladenen in der HEAE vom 11.10.2015 bis zum 24.10.2015 im Rahmen eines abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses ausgeļbt wurde. Die weitere Feststellung der Beklagten in den angefochtenen Bescheiden, dass keine Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung bzw. Versicherungsfreiheit in der Krankenversicherung und nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung bestand sowie die erstmals in der mľndlichen Verhandlung am 12.05.2022 getroffene Feststellung, dass auch Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung besteht, ist nicht (mehr) Gegenstand des Berufungsverfahrens. Der KlĤger hat seinen Antrag beschrĤnkt auf die Feststellung, dass die von der Beigeladenen ausgeľbte TĤtigkeit nicht im Rahmen eines abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses ausgeľbt wurde.

Diese Feststellung konnte der Kläger auch gesondert anfechten. Der von der Beklagten vorgenommene Ausspruch des Vorliegens von Beschäftigung ist zwar materiell eine unselbstständige Elementenfeststellung, denn § 7a SGB IV (in der Fassung vom 29.03.2017) ermächtigt dazu nicht, sondern verpflichtet zur Feststellung der Versicherungspflicht (ständige Rechtsprechung, vgl. z.B. BSG Urteil vom 14.03.2018, B 12 KR 12/17 R m.w.N.). Allerdings hat die Beklagte in den streitgegenständlichen Bescheiden das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung ausdrücklich neben dem Nichtbestehen der Versicherungspflicht festgestellt und damit den Rechtsschein einer verbindlichen Regelung gesetzt, so dass der Kläger dagegen zulässigerweise gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen konnte (vgl. BSG Urteil vom 24.11.2015, B 12 KR 18/04 R; Urteil vom 26.02.2019, B 12 R 8/18 R).

Die Berufung ist jedoch unbegründet. Der Kläger kann eine gerichtliche

Feststellung, dass die von der Beigeladenen ausgeübte Tätigkeit als Ã∏rztin nicht im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses ausgeþbt wurde, nicht erreichen. Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 02.09.2021 zu Recht abgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 22.12.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11.04.2017 in Gestalt der Erklärung der Beklagten in der mþndlichen Verhandlung vom 12. Mai 2022 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten. Die Beklagte hat zutreffend festgestellt, dass die Tätigkeit der Beigeladenen fþr den Kläger in der Zeit vom 11.10.2015 bis zum 24.10.2015 im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses erfolgt ist und Versicherungsfreiheit in der Krankenund Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung und keine Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung wegen Geringfügigkeit / Kurzfristigkeit bestanden hat.

GemäÃ∏ <u>§ 153 Abs. 2 SGG</u> wird auf die Entscheidungsgründe der erstinstanzlichen Entscheidung Bezug genommen. Zutreffend hat das Sozialgericht aufgrund der hiernach zu beachtenden MaÃ∏stäbe eine abhängige Tätigkeit festgestellt.Â

Ergänzend ist anzumerken, dass die Durchführung von Erstuntersuchungen und Aufgaben des Infektionsschutzes grundsätzlich sowohl im Rahmen einer selbstständigen Tätigkeit als auch einer abhängigen Beschäftigung erfolgen können. Aufgrund der konkreten Ausgestaltung der Tätigkeit der Beigeladenen ist vorliegend allerdings von einer abhängigen Beschäftigung auszugehen.

Aufgrund der umfangreichen AusfĽhrungen des KlĤgers zu rechtlichen Rahmenbedingungen zum Umgang mit Flļchtlingen und der Untersuchungspflicht stellt der Senat fest, dass es für die rechtliche Einordnung der streitigen TĤtigkeit der Beigeladenen nicht ausschlaggebend ist, aufgrund welcher rechtlichen Vorgaben der KlĤger die Beigeladene mit medizinischen Dienstleistungen im Rahmen der Erstuntersuchung und der Aufgaben des Infektionsschutzes beauftragt hat. Ebenso wenig kommt es auf die (politische) Dimension des Zustroms von Flüchtlingen im maÃ□geblichen Zeitraum an. MaÃ□geblich ist nicht das â□□Warumâ□□ der Beauftragung, sondern das â□□Wieâ□□ der Beauftragung und der tatsächlichen Ausgestaltung der Tätigkeit. Hierbei ist â□□ wie vom Sozialgericht zutreffend ausgeführt â□□ von besonderer Bedeutung, ob der Beschäftigte in den fremden Betrieb eingegliedert ist und einem Weisungsrecht unterliegt. Der Wille der Vertragsparteien ist dabei nachrangig.Â

Hinsichtlich des Weisungsrechts hat der Bundessozialgericht wiederholt festgestellt, dass insbesondere bei Hochqualifizierten oder Spezialisten (so genannten Diensten hĶherer Art) das Weisungsrecht auf das StĤrkste eingeschrĤnkt sein kann. Dennoch kann die Dienstleistung in solchen FĤllen fremdbestimmt sein, wenn sie ihr GeprĤge von der Ordnung des Betriebes erhĤlt, in deren Dienst die Arbeit verrichtet wird. Die Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers verfeinert sich in solchen FĤllen zur funktionsgerechten, dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess (zuletzt Urteil vom 19.10.2021, <u>B 12 KR 29/19 R</u>, juris, Rn.20 ff m.w.N).Â

Zudem gilt, dass für die Frage, ob eine abhängige Beschäftigung vorliegt, stets

die konkreten Umstände des individuellen Sachverhalts maÃ∏gebend sind. â∏Bei der gebotenen GesamtabwĤgung sind sĤmtliche, auch solche UmstĤnde zu berücksichtigen, die einer Tätigkeit ihrer Eigenart nach immanent, durch gesetzliche Vorschriften oder eine Ķffentlich-rechtliche Aufgabenwahrnehmung bedingt sind oder auf sonstige Weise â∏in der Natur der Sacheâ∏ liegen. Ihnen ist nach der h\(\tilde{A}\)\(\text{¶chstrichterlichen Rechtsprechung zwar nicht zwingend eine entscheidende Indizwirkung für eine abhängige Beschäftigung beizumessen; umgekehrt ist eine abhĤngige BeschĤftigung aber auch nicht allein deshalb ausgeschlossen, weil sich bestimmte Weisungsrechte oder Vorgaben aus der Eigenart der TÄxtigkeit ergeben oder ihr innewohnen. Indizwirkung gegen eine BeschĤftigung und für eine selbstständige Tätigkeit besteht vielmehr dann, wenn bei Verrichtung der TÄxtigkeit eine Weisungsfreiheit verbleibt, die sie insgesamt als eine unternehmerische kennzeichnet. Denn ob und inwieweit einzelne Umstände einer Tätigkeit â∏ihrer Natur nachâ∏ immanent sind, hängt wesentlich mit der zu beurteilenden TÄxtigkeit und ihrer konkreten Ausgestaltung zusammen. Je enger der übertragene Tätigkeitsbereich abgesteckt ist, weil der Auftrag- oder Arbeitgeber nicht auf eigene Gestaltungsmäßglichkeiten verzichtet, desto weniger Spielraum kann der übertragenen TÃxtigkeit noch immanent sein. So ist in der Regel auch die strikte Weisungsunterworfenheit klassischer â∏Fabrikarbeiterâ∏ der Eigenart ihrer Tätigkeit geschuldet. Gerade dies begründet aber ihre Sozialversicherungspflicht und stellt sie nicht infrageâ∏∏ (BSG, Urteil vom 19.10.2021, <u>B 12 KR 29/19 R</u>, m.w.N.).Â

Zutreffend hat das Sozialgericht die Eingliederung der Beigeladenen in den Dienstbetrieb des KlĤgers, mit dem dieser u.a. die Erstuntersuchungen organisierte und durchführte, festgestellt. Diese Eingliederung findet ihre Entsprechung am vereinbarten Vergütungsmodell. Denn der Kläger bezahlte die Beigeladene für die von ihr geleisteten Dienste. Eine unmittelbare Abrechnung zwischen der Beigeladenen und den Flüchtlingen oder aber Krankenkassen oder anderen Kostenträgern fand nicht statt.Â

Darüber hinaus bestehen â∏ wie vom Sozialgericht zutreffend ausgeführt â∏ sprechen, dass sie die Weisungsgebundenheit und Eingliederung der Beigeladenen auch nur annĤhernd auf- oder überwiegen können. Insbesondere war die Beigeladene keinem nennenswerten Unternehmerrisiko ausgesetzt. Sie erhielt Fallpauschalen bzw. einen festen Stundenlohn und hatte keinen Verdienstausfall zu befürchten. Für sie bestand auch nicht die Chance, durch unternehmerisches Geschick ihre Arbeit so effizient zu gestalten, dass sie das VerhÄxltnis von Aufwand und Ertrag zu ihren Gunsten entscheidend hÄxtte beeinflussen kĶnnen. Da es lediglich auf eine Betrachtung der konkreten TÄxtigkeit ankommt, war das einzig in Betracht kommende Risiko der Beigeladenen, vom KlĤger keine weiteren FolgeauftrĤge zu erhalten, für die Frage ihres Status in der konkreten Tätigkeit irrelevant. Denn aus dem (allgemeinen) Risiko, au̸erhalb der Erledigung einzelner AuftrĤge zeitweise die eigene Arbeitskraft gegebenenfalls nicht verwerten zu können, folgt kein Unternehmerrisiko bezüglich der einzelnen Einsätze (vgl. BSG, Urteil vom 19.10.2021, B 12 KR 29/19 R, m.w.N).Â

Die vom Kläger zitierte Entscheidung zu Familienhelfer ist vorliegend nicht einschlägig, da die Tätigkeit eines Familienhelfers in keiner Weise mit der eines Arztes in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu vergleichen ist.

Ob zwischen den Flýchtlingen und der Beigeladenen â wie vom Kläger vorgetragen â Behandlungsverträge gemäà § 630a BGB zustande gekommen sind, erscheint bereits fraglich (vgl. Rehborn/Gescher in: Ermann, § 630a BGB, Rn 7 zur Tätigkeit z.B. des Amtsarztes und des Impfarztes mit Verweis auf BGHZ 63,265 und BGH NJW 1990, 2311). Jedenfalls aber ist dies für die hier streitige Statusentscheidung nicht Ausschlag gebend, da das Auftragsverhältnis zwischen dem Kläger und der Beigeladenen sowie die insoweit erbrachte Tätigkeit zu beurteilen war. Â

Für die Beurteilung als abhängige Beschäftigung der Beigeladenen in der HEAE spricht zudem die gesetzliche Regelung zu ̸rztinnen und Ã∏rzten in einem Impfzentrum. Für diese wurde in § 130 SGB IV (eingeführt durch Gesetz vom 24.02.2021, BGBI I, 274. Eine vergleichbare Regelung fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die in Corona-Testzentren tätigen Ã∏rzte findet sich in <u>§ 131 SGB IV</u>.) geregelt, dass ihre Einnahmen aus TÄxtigkeiten in einem Impfzentrum oder einem angegliederten mobilen Impfteam in der Zeit vom 15.12.2020 bis 30.05.2022 nicht der Beitragspflicht unterliegen. Die entsprechenden TÄxtigkeiten sind demnach auch nicht versicherungspflichtig. Dem liegt die gesetzgeberische EinschĤtzung zugrunde, dass die entsprechenden Einnahmen grundsÄxtzlich der Sozialversicherungspflicht unterliegen, viele der ̸rzte aber entweder selbststĤndig im Rahmen einer Praxis tĤtig sind, einem berufsstĤndischen Versorgungswerk angehĶren und/oder bereits pensioniert sind und daher nicht der Sozialversicherungspflicht unterfallen (siehe BT-Drs. 19/26249, S. 92; BR-Drs 83/1/21, S. 4; Dankelmann in: jurisPK-SGB IV, 4. Aufl., § 130 SGB IV; Knospe in Hauck/Noftz SGB IV, § 130). Hiermit hat der Gesetzgeber deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er die TĤtigkeit von Ä∏rzten in Impf- oder Testzentren nicht als selbstständige Tätigkeit, sondern als abhängige Beschäftigung ansieht. Deren TÄxtigkeit ist aber in gewisser Weise durchaus vergleichbar mit der vorliegenden streitigen TÄxtigkeit der beigeladenen Ä\(\textit{\Gamma}\)rztin in der Erstaufnahmeeinrichtung.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a SGG</u> i.V.m. <u>§Â§ 154 Abs. 1</u>, <u>162 Abs. 3</u> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Auà ergerichtliche Kosten der Beigeladenen sind nicht zu erstatten, da die Beigeladene keinen Antrag gestellt hat (s. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, Kommentar, 13. Aufl., § 197a Rn.28 f. m.w.N.).

Die Revision war wegen grundsĤtzlicher Bedeutung zuzulassen (§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG). Die KlĤrung der Rechtsfragen ist fĽr eine unbestimmte Anzahl Ĥhnlicher FĤlle relevant.

GemäÃ∏ <u>§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG</u> werden, wenn in einem Verfahren weder der Kläger noch der Beklagte zu den in <u>§ 183 SGG</u> genannten kostenrechtlich privilegierten Personen gehört, Kosten nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (GKG) erhoben. Da der Sach- und Streitstand für die

Bestimmung des Streitwerts keine gen $\tilde{A}^{1}/_{4}$ genden Anhaltspunkte bietet, ist der Streitwert auf 5.000,00 â $\Box$ ¬ festzusetzen ( $\underline{\hat{A}}$ § $\underline{\hat{A}}$ § 47, 52 Abs. 2 GKG).  $\hat{A}$ 

Erstellt am: 04.11.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024